

Citation style

Gollnitz, Martin: review of: Norbert Kartmann (ed.), Hesse ist, wer Hesse sein will ...? Landesbewusstsein und Identitätspolitik seit 1945, Wiesbaden: Hessischer Landtag, 2017, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, 82 (2018), p. 352-353, DOI: 10.15463/rec.reg.2098108361

First published: Rheinische Vierteljahrsblätter, 82 (2018)



copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

NORBERT KARTMANN (Hg.): *Hesse ist, wer Hesse sein will ...? Landesbewusstsein und Identitätspolitik seit 1945* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 48, 14/ Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 46), Wiesbaden, Marburg: Historische Kommission für Hessen 2017, 145 S. ISBN: 978-3-942225-35-9.

Das 70. Jubiläum der Verfassung des Landes Hessen von 1946 bot einen guten Anlass, um in Zeiten globaler Vernetzung, weltweiter Flüchtlingsbewegungen und angesichts eines Kommunikationsverhaltens, bei dem sich in Echtzeit mit nur einem Tweet Millionen Menschen erreichen lassen, über die Bedeutung, den Zweck und die Wechselwirkungen von Landesbewusstsein und Identitätspolitik nachzudenken. In drei Sektionen und einer Abschlussdiskussion befassten sich neun Referenten im Rahmen einer wissenschaftlichen Tagung im Hessischen Landtag mit der Frage, ob eine Landesidentität, regionale Identitäten oder eine nationale Identität in einer digitalen Welt überhaupt in der Lage sind, den Menschen Orientierung zu stiften und Sicherheit zu vermitteln. Obgleich der Akzent des nun vorliegenden Tagungsbandes auf Hessen liegt, wie schon am berühmten Wort des ‚Landesvaters‘ Georg August Zinn (*Hesse ist, wer Hesse sein will*) im Titel deutlich wird, werden auch andere Bundesländer und die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt berücksichtigt.

Wie Eckart Conze in seiner Einführung (S. 20–31) deutlich macht, ist eine derart konzipierte Tagung, die den Begriff und das Konzept einer Identitätspolitik kritisch analysiert, immer dem Risiko ausgesetzt, dabei den konstruktiven Charakter sowohl von Identität als auch des Raumes, auf den sie sich bezieht, überzubewerten. Letztlich wirken an der Konstruktion und Herausbildung von Landesidentität und -bewusstsein verschiedene Akteure mit, die oftmals konkurrierende Identitätsangebote artikulieren. Dadurch wird zugleich deutlich, dass es sich bei der Identitätsbildung selten um staatliche Maßnahmen handelt, sondern um Bottom-up-Prozesse, die aus der Gesellschaft heraus entstehen. Ein nicht ungefährlicher Prozess: Schließlich birgt die Rede oder das Bild einer inkludierenden Gemeinschaft eo ipso die Exklusion, die Ausgrenzung, und auch die Möglichkeit menschenfeindlichen Potentials. Identitätspolitik lässt sich somit auch in einer tendenziell totalitären Form denken, die diametral zu der Idee und Anerkennung multipler Identitäten steht.

Gleich in der ersten Sektion werden daher die identitätsbildenden Akteure und Institutionen auf Landesebene thematisiert, wobei Christoph Nonn (S. 34–46) den Anfang macht und am Beispiel einer 1984 von der Düsseldorfer Landesregierung gestarteten identitätspolitischen Kampagne (*Wir in NRW*) die Probleme und Grenzen eines Landesbewusstseins skizziert. Dabei zeigt sich, dass Bundesländer oftmals keine primären Identifikationsobjekte darstellen. Der Begriff ‚Heimat‘ wird in erster Linie mit lokalen und in zweiter Linie mit nationalen Identitäten assoziiert, was, wie Nonn schlussfolgert, nichts Schlechtes sein muss, weil ein schwach ausgebildetes Landesbewusstsein offener für Veränderungen ist. Im nachfolgenden Beitrag befasst sich Dirk van Laak (S. 48–56) mit jenen Akteuren, die sich um die Bildung einer spezifisch hessischen Landesidentität bemühen – neben Funk und Fernsehen umfasst diese Gruppe Archive und Gedenkstätten sowie die Landeszentrale für politische Bildung und das Landesamt für geschichtliche Landeskunde in Marburg. Den genannten Akteuren gemeinsam ist ein kritisch-aufklärendes Konzept der hessischen Identitätsbildung, das sich räumlich und zeitlich gesehen in ständiger Veränderung befindet.

Mit einem Aufsatz zur bayerischen Landesgeschichte leitet Bernhard Löffler (S. 60–69) die zweite Sektion zur Erinnerungspolitik und Geschichtsschreibung auf Landesebene ein. Der regionale Blickwinkel liefert den Nachweis, dass in Bayern politisch am intensivsten mit Geschichtsschreibung operiert wird – wie dann auch an den vier aufgezeigten Leitsemantiken der landeshistorischen Meistererzählung deutlich wird. Insgesamt konstatiert Löffler aber auch eine evidente Zunahme der Trivialisierung, Kommerzialisierung und Ökonomisierung im Bereich der Landeshistoriographie. In einem weiteren Beitrag setzt sich Winfried Speitkamp (S. 70–87) mit der Geschichtsschreibung in Hessen auseinander, wobei er den Schwerpunkt auf die Zeit nach 1945 legt und drei Phasen von Geschichtspolitik ausmacht. Anhand der Leitbegriffe Geschichte als Argument, als Erbe und als Tradi-

tion zeigt Speitkamp auf, wie in Hessen sukzessive eine Landesidentität geformt wurde, die im narrativen Kern die Begriffe Vielfalt, Austausch, Mitte-Mythos und Weltoffenheit historisch verankert.

Zwei nachfolgende Aufsätze widmen sich dem Wahlkampf, den Länderparlamenten und der politischen Kultur. Zunächst rekonstruiert Thomas Mergel (S. 90–103) die Wahlkampfkultur der alten Bundesrepublik am Begriff der ‚Sachlichkeit‘ als Forderung an den politischen Stil von Demokraten. Dabei wird ein ambivalentes Verhältnis von Wählern und Politikern sichtbar: Die Bürger favorisierten Sachlichkeit in demokratischen Debatten, ohne Krawall oder Gebrüll. Zugleich aber erhöhten Konflikte und Kampfgetöse die Mobilisierbarkeit von Wählergruppen. Die hessische Wahlkampfkultur analysiert dagegen Christoph Cornelißen (S. 104–114). Indem er den Wandel und das Beziehungsgeflecht von parteilichen Interessen und regionaler Identitätsfindung in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt, kann er darlegen, dass die politischen Akteure zunehmend daran interessiert waren, die Identität der eigenen Partei mit den Landesinteressen zu verknüpfen, wobei sie oftmals die politischen Symbole des Landes für sich in Anspruch nahmen.

Die drei verschriftlichten Impulsvorträge der Abschlussdiskussion beschäftigen sich mit der Struktur und den Eigenarten der hessischen Landesgeschichtsforschung (von Andreas Hedwig, S. 118–123), mit den Perspektiven, Konzepten, Herausforderungen und landesgeschichtlichen Inhalten historischer Bildung in Hessen (von Vadim Oswalt, S. 124–130) sowie mit der Vermittlung eines ‚Hessenbewusstseins‘ durch Funk und Fernsehen (von Hans Sarkowicz, S. 132–137). Die Kurzbeiträge ergänzen die vorangestellten Aufsätze um wichtige Detailspekte und vervollständigen dadurch den Gesamteindruck von den zentralen Akteuren der Identitätsproduktion auf Landesebene.

Es bleibt den verantwortlichen Organisatoren zu wünschen, dass der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik über die Frage nach Identität und Orientierung, zu dem der Band einlädt, fortgesetzt wird. In jedem Fall sollten künftig weitere Bundesländer in den Blick genommen und europäische Grenzgebiete – z.B. die Region Sønderjylland-Schleswig (‚Minderheit ist, wer will‘) – stärker berücksichtigt werden.

Mainz

Martin Göllnitz

Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1975 bis 1980 (Achte Wahlperiode), bearb. von FRANK MICHAEL BISCHOFF, CHRISTOPH NONN, MARTINA WIECH, eingel. und bearb. von MARTIN SCHLEMMER, 2 Teile (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 62), Duisburg: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen 2016, 1.584 S. ISBN: 978-3-87720-700-3.

Kabinettsprotokolle sind eine zentrale Quelle für das Handeln kollegial verfasster Regierungen wie etwa der Bundesregierung oder der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie dokumentieren die politischen Entscheidungen des Kabinetts als oberstes Regierungs- und Verwaltungsgremium. Spätestens seit den 1970er Jahren sind die Kabinettsprotokolle sowohl der Bundesregierung als auch der meisten deutschen Landesregierungen eine zunehmend schwierige Quelle. In dem Maße, in dem das Regierungshandeln an materieller Reichweite und inhaltlicher Komplexität zunahm, verlagerte sich die eigentliche Regierungsarbeit in das Vorfeld der Kabinettsitzungen. Damit rückte die formelle Beschlussfassung im Kabinett in die Nähe einer Formalität, verzichtbar war sie aber schon als die von der Verfassung geforderte offizielle und rechtskräftige Regierungsentscheidung nicht.

Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen der achten Wahlperiode zwischen dem 4. Juni 1975 (1250. Kabinettsitzung) und dem 27. Mai 1980 (1436. Kabinettsitzung), deren Text das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen 2016 in einer zweibändigen Edition veröffentlicht hat, dokumentieren diese Entwicklung eindrucklich. Es ist ganz offensichtlich, dass inhaltliche Fragen nur noch in wenigen Fällen im Kabinett eingehend und gegebenenfalls ergebnisoffen diskutiert